

#12

Die Storys
des Tages.

Dieser Artikel könnte Sie interessieren.



«Islamisten hat der Westen geschaffen»

Sie hätten versagt: Der einstige Nahostkorrespondent Ulrich Tilgner übt heftige Kritik an Europa und den USA.

Sandro Benini
[@BeniniSandro](#)



«Kurzfristig bin ich pessimistisch – langfristig optimistisch»: Ulrich Tilgner. Foto: Franziska Scheidegger

#12

Lesen Sie alle Storys des Tages.

Jetzt kostenlos herunterladen:



Sie gelten als Star-Reporter. Was unterscheidet Sie von einem normalen Journalisten, Herr Tilgner?

Das kann ich nicht sagen, das müssen die Leute beantworten, die mich so sehen. Vielleicht mochten sie es, dass ich versucht habe, den Hintergrund einer Krise oder eines Ereignisses zu beleuchten. Meine Kritik am heutigen Journalismus besteht auch darin, dass der Hintergrund oft ausgeblendet wird.

Zum Schluss Ihrer Karriere waren Sie Korrespondent fürs Schweizer Fernsehen. War das angenehm?

Ich mag die Schweiz und ihre Bewohner sehr, weil sie politisch viel stärker interessiert und gebildeter sind als die Menschen in Deutschland. Das liegt meiner Meinung nach an der direkten Demokratie und den vielen Abstimmungen. Das demokratische Bewusstsein und das Verhältnis zum Staat ist wesentlich weiterentwickelt als in Deutschland.

Seit 40 Jahren unterwegs

Ulrich Tilgner (geboren 1948 in Bremen) war Nahostkorrespondent für deutsche Fernsehstationen. Ab 2008 arbeitete er vor allem für das Schweizer Fernsehen. Legendär ist seine Berichterstattung während des amerikanischen Einmarsches im Irak im Jahr 2003. Heute lebt Tilgner in Hamburg. Sein jüngstes Buch heisst: «Krieg im Orient. Das Scheitern des Westens».

Deutschland hat 2015 fast eine Million Menschen aus dem Kulturraum aufgenommen, aus dem Sie lange berichtet haben. Merken Sie persönlich in Ihrem Alltag etwas davon?

Nein, in meinem persönlichen Umfeld und Alltag merke ich davon nicht viel.

Stimmt es, dass noch immer Millionen von Menschen aus dem Nahen Osten nach Europa wollen?

In Ländern wie Syrien und Afghanistan gibt es einen enormen Migrationsdruck. Die jungen Leute würden ihr Land lieber heute als morgen verlassen. Sie können es aber nicht, weil es immer schwieriger wird, die EU überhaupt zu erreichen. Ich kenne einen jungen Afghanen, der seit einem Jahr in Serbien festhängt. Er versucht immer wieder die Grenze zu überqueren, mehrmals schon schlugen ihn die Grenzbeamten zusammen.

Hat die deutsche Kanzlerin Angela Merkel 2015 richtig gehandelt?

Sie hat damals von einem moralischen Imperativ gesprochen, und ich bin überzeugt, dass dies richtig war. Der Westen hat eine Mitschuld an der Entwicklung in Syrien und eine enorme Verantwortung für die katastrophale Lage im ganzen Orient. Allein die Amerikaner haben bis heute fünf Billionen Dollar für ihre Kriege in der Region ausgegeben, und das Resultat ist Korruption, Misswirtschaft und politisches Chaos.

Der Titel Ihres neuen Buches heisst: «Krieg im Orient». Und der Untertitel: «Das Scheitern des Westens». Dahinter steckt die Angewohnheit, dem Westen die Schuld für alle Übel dieser Welt aufzubürden. Für Korruption, Gewalt, Kriege und Instabilität sind in erster Linie die nahöstlichen Länder und deren Gesellschaften verantwortlich.

Mich als Westler interessiert die Verantwortung des Westens. Ich habe einmal einen iranischen Vizeminister, der im Aufsichtsrat eines deutschen Unternehmens sass, gefragt, wo die Korruption grösser sei. Er sagte ohne zu zögern: «In Europa natürlich.» Mir sind persönlich Fälle bekannt, bei denen westliche Firmen, die im Mittleren Osten tätig sind, an Bestechungen beteiligt waren. Ich weiss von Fällen, bei denen ganze

Verträge binnen kürzester Zeit umgeschrieben wurden, weil illegale Gelder geflossen sind. Bevor wir uns über die Korruption in anderen Ländern beklagen, sollten wir unsere eigene Bestechlichkeit bekämpfen.

Welche Firmen sind das?

Die Informationen sind vertraulich, deshalb kann ich keine Namen nennen.

«Die Ablehnung westlicher Politik im Orient ist extrem. Und zwar zu Recht.»

Worin konkret scheitert der Westen? Was müsste er tun?

Er müsste anders auftreten. Die Kriege, die er im Orient geführt hat, sind zum einen unglaublich teuer. Zum anderen verhelfen sie Gruppierungen und Politikern an die Macht, die nicht die Interessen ihrer Länder vertreten, sondern westliche Interessen. Das zeigt sich besonders deutlich in Afghanistan und im Irak.

Immer noch besser, als wenn islamische Fanatiker an die Macht kommen oder an der Macht bleiben.

Die islamischen Fanatiker hat der Westen erst geschaffen. In Algerien und Ägypten sind in freien Wahlen islamische Kräfte an die Macht gekommen, die mit westlicher Hilfe gestürzt wurden. Danach wurden die Putschisten die grössten Empfänger westlicher Militärhilfe. Dies nützt langfristig den Islamisten.

Man kann es drehen und wenden, wie man will, der Westen ist schuld.

Sie können hingehen, wohin Sie wollen im Orient – die Ablehnung westlicher Politik ist extrem. Und zwar zu Recht.

Sie übertreiben.

Nein. Der Westen verrät die Werte, die er selber vor sich herträgt, deshalb gilt er bei Orientalen als unglaubwürdig. Das spielt dem politischen Islam in die Hände, den der Westen dann bekämpft, womit sich der Kreislauf der Radikalisierung beschleunigt. Der Terrorismus ist durch westliche Interventionen nicht geschwächt worden, er ist gewachsen. Hillary Clinton hat einmal gesagt, dass die USA in Afghanistan und Pakistan Kräfte bekämpften, die sie zuvor gross gemacht hätten. Al-Qaida ist auch dank westlichen Geldes entstanden. Der Islamische Staat ist auf den amerikanischen Krieg im Irak zurückzuführen.

Wenn der Westen militärisch interveniert wie im Irak, in Afghanistan und in Libyen, ist es falsch. Wenn er nicht interveniert wie in Syrien, ist es genauso falsch. Ein Berliner würde sagen: Ja wat denn nu?

Wichtig ist es, dass wir die Folgen unserer Nahostpolitik untersuchen, statt zu fragen, was in diesem oder jenem Fall passiert wäre. Mich interessiert, was der Westen im Orient anrichtet, weil ich für westliche Institutionen gearbeitet habe.

«Ich glaube, dass sich die Demokratie im Orient durchsetzen wird.»

Was halten Sie von der Aussage, deren Grundübel sei, dass es keine Säkularisierung gegeben habe? Dass die Institutionen von Staat, Religion und Politik nie voneinander getrennt wurden, wie es im Westen geschehen ist?

Die Aussage trifft teilweise zu, aber sie ist zu pauschal. Und sie wird oft als Totschlagargument missbraucht, um von eigenen Verfehlungen abzulenken. Es hat innerhalb des Islams aufklärerische Bestrebungen gegeben, besonders in Ägypten und im Iran. Aber selbst diese Bestrebungen haben nach Napoleons Intervention und durch die Kolonialgeschichte eine antiwestliche Ausprägung erhalten. Dass sich der Buddhismus in die Politik einmischt und der Hinduismus zur Staatsreligion erhoben wurde, das kritisiert man im Westen übrigens kaum.

Ist es Napoleons Schuld, dass Frauen in islamischen Ländern Menschen zweiter Klasse sind?

Das ist tatsächlich einer der grossen Unterschiede zwischen dem heutigen Abendland und dem heutigen Orient. Aber als Europäer sollten wir vorsichtig sein, einen Stein zu werfen, weil auch wir im Glashaus sitzen.

Israel und Bahrain haben diplomatische Beziehungen aufgenommen, und dasselbe soll mit weiteren arabischen Staaten geschehen. Entscheidend dazu beigetragen hat Donald Trump. Würden Sie ihm das als Verdienst anrechnen?

Natürlich, Israels Anerkennung durch sämtliche arabische Staaten ist überfällig. Sie hätte sofort nach dem Teilungsbeschluss der Vereinten Nationen 1948 erfolgen müssen.

Das fossile Zeitalter neigt sich dem Ende zu, und der Klimawandel dürfte diese Entwicklung beschleunigen. Was bedeutet das für den Orient?

Eine Katastrophe. Das wird grosse wirtschaftliche Krisen zur Folge haben, weil in den meisten Ländern abgesehen von der Entwicklung der Erdölindustrie keine eigene industrielle Entwicklung stattgefunden hat. Am schlimmsten treffen wird es Länder wie Saudiarabien, Bahrain oder die Vereinigten Arabischen Emirate. Am wenigsten wird der Iran leiden, weil die amerikanischen Sanktionen das Land bereits dazu zwingen, Alternativen zum Erdölexport zu entwickeln.

Gibt es westliche Gewohnheiten, die alltäglich sind und jemanden aus dem Orient vollkommen befremden?

Bei militärischen Aktionen ist es sicher das Eintreten von Türen.

«Heute schwillt der Protest wieder an, ohne dass darüber berichtet

wird.»

Das wirkt auch bei uns eher befremdlich. Aber warum gilt es im Nahen Osten als besonders schlimm?

Weil es die Intimsphäre der Menschen verletzt. Türeintreten gilt als Kriegsgrund. Ich habe mit amerikanischen Offizieren gesprochen, die gesagt haben: Natürlich ist das falsch, und wir wissen es. Aber um es zu ändern, müssten wir unser ganzes Auftreten und unser Ausbildungssystem reformieren, das würde Jahre dauern. Aber die Sensibilität beginnt diesbezüglich im Orient auch in anderen Situationen sehr früh.

Inwiefern?

Ich war unterwegs mit einem Afghanen, wir hatten kein Wasser und wirklich Durst. Wir kamen am Tor eines Hauses vorbei, das einem seiner Verwandten gehörte. Wir klopfen und hörten nichts, kein «Herein». Ich wollte eintreten, und er sagte: «Bist du wahnsinnig? Du weißt doch nicht, ob wir hier jetzt willkommen sind.» Ähnlich war es, als ich einmal ein offenes Zelt betreten wollte, in dem Studenten eine Klausur schrieben. Für sie gab es am Zelteingang eine unsichtbare Linie, die ich als Fremder auf keinen Fall ungebeten überschreiten durfte.

Wenn Sie sich die nächsten 50 Jahre vorstellen, sind Sie dann optimistisch oder pessimistisch?

50 Jahre kann ich mir nicht vorstellen, aber wenn ich an die nahe Zukunft denke, bin ich sehr pessimistisch. Und auf längere Sicht eigentlich optimistisch.

Warum?

Kurzfristig bin ich pessimistisch, weil der Westen die Kräfte der Emanzipation, die es in der Region durchaus gibt, nicht unterstützt. Langfristig glaube ich dennoch, dass sich die Demokratie in den Ländern des Orients durchsetzen wird.

Gibt es dafür irgendwelche konkreten Anzeichen?

Der erste Arabische Frühling im Jahr 2011 hat in Tunesien zu einer Öffnung geführt, vergangenes Jahr wurde in Algerien Abdelaziz Bouteflika durch Demonstrationen zum Rückzug gezwungen, im Libanon und im Irak fanden vor der Corona-Krise fast täglich Massenkundgebungen statt. Auch heute schwillt der Protest wieder an – ohne dass darüber genügend berichtet wird.

Redaktion Tamedia

#12

Möchten Sie noch mehr spannende Artikel lesen?

Jetzt kostenlos herunterladen:

